

Adrian Adam

aus Rumänien



Stipendien-Aufenthalt in Nordrhein-Westfalen

vom 01. Oktober 2001 bis 31. Januar 2002

Eine einmalige Erfahrung

Von Adrian Adam

Nordrhein-Westfalen, vom 01.10.2001 bis 31.01.2002
betreut von der Heinz-Kühn-Stiftung

Inhalt

1. Zur Person	14
2. Intro	14
3. Die Leserherrschaft	15
4. Schlüssel der Organisation	15
5. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Ruhrgebiet	17
– „Kohle kann mehr“	18
– Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven	19
– Tourismus in Essen – kein Witz mehr	20
6. Lokalpolitik in Essen	20
– Jugendpolitiker kämpfen für Heime und Proberäume	20
– Einschnitte an den Gymnasien	21
– Die Stadt ist pleite	21
7. Religion und Kultur = Toleranz und Vielfalt	22
– Die Alte Synagoge in Essen wird Haus für jüdische Kultur	23
– Sie sind doch nicht vom Himmel gefallen	23
8. Der EURO kommt! Und er war da	24
9. Talkshow ohne Kameras	25
10. Schlechte Nachrichten für Rumänien	26
11. „Lokalzeit Ruhr“ oder das Fernsehen in Essen	27
12. Ein normaler Arbeitstag ...	28
13. Rätsel, Geschichten oder Jobs?	29
14. „Die Kathedrale der Industriekultur“	31
15. Einmalig und unvergesslich	32

1. Zur Person

Adrian Adam, geboren am 17. April 1965 in Anina, einer kleinen Stadt in der Region Banat, im Süd-Westen Rumäniens. Er machte 1984 Abitur in Reschitza und studierte Maschinenbau an der Technischen Universität in Temeswar.

1990 machte er seinen Abschluss als Diplom-Ingenieur. Anschließend arbeitete er zwei Jahre im Kraftwerk eines Chemiebetriebes.

1993 schlug er die journalistische Laufbahn ein. Er wurde als Reporter bei der Tageszeitung „Timisoara“ angestellt und ein Jahr später war er Stellvertretender Chefredakteur. Adam nahm an mehreren EU- und NATO-Programmen in Bukarest, Amsterdam und Brüssel teil. 1995 beendete er ein von The Freedom Forum, American Society of Newspapers Editors und Center for Foreign Journalists veranstaltetes Programm in Washington D.C., New York und Grand Forks N.D.

Seit 1996 ist er Chefredakteur der Nachrichtenabteilung des Lokalfernsehsenders „Analog TV“ in Temeswar, wo er auch jede Woche eine politische Sendung produziert und moderiert.

2. Intro

Was wusste ich bis zum 1. Oktober 2001 über Nordrhein-Westfalen? Oder über das Ruhrgebiet? Eigentlich nicht sehr viel. Und das, was ich wusste, waren nur gute und schöne Sachen: Industrielles Herz, modernes Technologiezentrum, Kultur- und Medienland. NRW, das mit fast 18 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Bundesland, früher fast nur von Fabrikschloten, Fördertürmen und Hochöfen geprägt, hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Strukturwandel vollzogen.

Aus dem Land von Kohle und Stahl ist ein Land mit Kohle und Stahl und neuen, zukunftsträchtigen Branchen geworden, das nicht zuletzt wegen seiner hervorragenden Infrastruktur ein attraktiver Standort für einheimische und ausländische Investoren ist. Vom „Kohlenpott“ spricht heute niemand mehr. Eine Forderung aus den sechziger Jahren: „Blauer Himmel über der Ruhr“ ist seit langem erfüllt. Gleichwohl ist das Ruhrgebiet Europas größtes Industriegebiet mit rund 5,4 Millionen Einwohnern. Mit rund 30 Kraftwerken ist es nach wie vor das deutsche Energiezentrum.

WAZ: Deutschlands größte Regionalzeitung, Zentralredaktion in Essen, 28 Lokalredaktionen, 700.000 Auflage, mehr als 300 Redakteure und Fotografen. Schon die schlichten Daten, Zahlen und Fakten klingen beeindruckend. Hier werde ich ein Praktikum machen.

Nach zwei Monaten bei der WAZ lernte ich, dass Seriosität und Glaubwürdigkeit das wichtigste Kapital der Zeitung ist. Noch mehr: Nachrichten sind über die Jahrzehnte zur Handelsware geworden. Sie werden gekauft und verkauft, ein Grund mehr, sie sehr sorgfältig zu behandeln. Hier die Nachricht, da der Kommentar; die saubere Trennung von Meldung und Meinung ist selten geworden in der Medienlandschaft, aber sie steht beim Publikum hoch im Kurs.

Diese Linie war übrigens bei der WAZ schon immer geschriebenes Gesetz. Erich Brost, Mitbegründer und erster Chefredakteur der WAZ, schrieb es im April 1948 den ersten Redakteuren dieser Zeitung ins Stammbuch. Ein Gesetz mit zeitloser Gültigkeit.

3. Die Leserherrschaft

Als erstes fiel mir der Leserservice auf. Ein Kapitel, dem in den rumänischen Zeitungen nicht sehr viel Beachtung geschenkt wird. Der Leserservice ist eben, wie man bei uns sagt, das „Schwarzbrot“ des lokalen Alltagsgeschäfts (viele Journalisten machen das nicht gerne).

Trotzdem: Was will der Leser? Die zuverlässige, fehlerfreie, leicht auffindbare und rechtzeitige Ankündigung von Ereignissen jeglicher Art. Ich habe mich davon überzeugt, dass die Zuverlässigkeit auf dem Servicesektor in ganz erheblichem Maße den Grad der Bindung des Lesers an das Lokalblatt bestimmt.

Briefe sind für den Leser fast das einzige Mittel, sich direkt zu äußern. Wenn er in einer Form Gebrauch davon macht, die nicht gegen geschriebene Rechtsnormen verstößt, dann ist das nicht nur legitim, sondern stets erwünscht. Die Leserbriefe dürfen nicht zu lang oder langweilig sein, sollten nicht in abgelegene Blattwinkel geschoben werden oder in kleineren Schriftgraden gesetzt werden. Sie können für die Berichterstattung benutzt werden und man muss auch kritische Zuschriften ins Blatt bringen.

Die Gefahr des Vorbeischreibens an weiten Teilen der vorwiegend „sprachlosen“ Leserschaft wird in vielen rumänischen Lokalredaktionen nicht wahrgenommen. Dieselbe Gefahr besteht auch hier, weil der Informationsfluss von den kommunalen Entscheidungsträgern zum Lokalredakteur absolut übergewichtig ist.

4. Schlüssel der Organisation

Der Höhepunkt des täglichen Geschäfts ist die Konferenz in der Lokal- oder Zentralredaktion. Ein Pflichttermin. Die planende Tageskonferenz beginnt mit

der Kritik der vorliegenden Ausgabe, prüft Leserreaktionen auf vorangegangene Ausgaben, klärt den Einsatz der Redakteure und Bildberichterstatter, bestimmt die Tagesthemen, legt Prioritäten fest. Besonders für jüngere Journalisten ist die Konferenz ein nicht zu unterschätzendes Mittel zur kontinuierlichen Fortbildung. Deswegen sind viele WAZ-Volontäre täglich anwesend.

Interessant, aber auch wertvoll für mich, fand ich die Art und Weise wie die Kritik gestaltet ist. Ende Oktober, zum Beispiel, war ein Sport-Redakteur an der Reihe. Er hatte sehr kritische, aber konstruktive Bemerkungen zur Gestaltung der Zeitung. Ein Vorwurf, den ich auch später in meiner Kritik gebracht habe, war, dass auf der ersten Seite so gut wie keine regionalen Themen gespiegelt wurden. Der Mann bemängelte, dass immer weniger über Leute geschrieben wird und viel mehr über das Geschehen. Die persönliche Note im Schreiben müsste mehr gefordert werden, statt der Nachrichtensprache. „Eine außergewöhnlich kritische Meinung“ – sagten mir nachher die anderen Kollegen.

Der Redner war aber auch mit seiner Leistung nicht zufrieden. Er hatte vor dem Fußballspiel Dortmund – Boavista Porto, welches am selben Tag stattfand, geschrieben, dass der Stammtorhüter Lehmann nicht spielen würde wegen einer Verletzung, obwohl alle Fußballfans schon seit gestern aus Radio und Fernsehen wussten, dass es nicht so ist.

Ebenso kritisiert wurde ein Bericht des WAZ-Korrespondenten in Berlin, der eine Laudatio für Kanzler Schröder schrieb: „Vom Medienkanzler zum Krisenmanager / Schröder profiliert sich in der Krise als Staatsmann“ war die Überschrift.

Der WAZ Chefredakteur, Uwe Knüpfer, schlug mir eines Tages vor, diese Kritik zu übernehmen und ich machte es am 22. November 2001. Die WAZ ist ohne wenn und aber eine Erfolgsgeschichte, die auf bestimmten Werten und einem sehr guten Konzept besteht. Trotzdem kann man immer etwas verbessern. Meiner Meinung nach gehörte viel mehr Regionales auf die erste Seite, viel mehr Exklusivität und eigene Recherche in der ganzen Zeitung, aber auch ein kritischer Akzent in den Kommentaren. Man darf nicht vergessen, die Politik mit den Augen des „kleinen“ Bürgers zu betrachten und auch nicht, dass zwischen Politik und Moral wenigstens eine „schüchterne“ Bindung bestehen müsste. Jedenfalls finde ich eine tiefere Analyse viel besser als einen deskriptiven Kommentar.

Dann gibt es noch die abschließende Spiegelkonferenz, wo die inhaltliche und formale Gestaltung der einzelnen Seiten festgelegt wird. Es wird geklärt, wie die Seiten nun verbindlich aussehen sollen, was wegbleiben kann, damit der neue Knüller unterzubringen ist, welcher Stoff gegebenenfalls noch in letzter Minute gegen die „letzte Meldung“ ausgetauscht werden kann.

Die Ausnahme ist die Montagskonferenz. Sie beschäftigt sich zusätzlich mit der mittelfristigen Planung: Das Programm für die Woche, der Einsatz der

Redaktionsmitglieder über den Tag hinaus, die wöchentlich wechselnden Arbeiten werden vergeben und die freien Tage abgestimmt. Die Schwerpunkte für die journalistische Arbeit werden gesetzt: Themen in den Zusammenhang gebracht mit Ereignissen wie Ratssitzungen oder Feiertagen und größere Reportagen. Es wird ebenfalls beachtet, dass sich in den verschiedenen Ortsseiten die Themen nicht überschneiden.

5. Wirtschafts- und Sozialpolitik im Ruhrgebiet

So wie ich es auch in meine Bewerbung für dieses Stipendium geschrieben habe, war die Wirtschafts- und Sozialpolitik im Ruhrgebiet ein sehr interessantes Thema für mich. In Essen, dem Herzen des Reviers, konnte ich zum Thema gründlich recherchieren.

„Pro Ruhrgebiet“ ist ein Verein mit Sitz in Essen, der sich mit dieser Problematik seit 1981 beschäftigt und auch Prognosen für die Zukunft bietet. Die Ziele des Vereins sind: Den Strukturwandel im Ruhrgebiet zu unterstützen, das Image des Ruhrgebietes nach innen und außen aufzuwerten, für die Interessen der Region einzutreten, den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu unterstützen, Berufs- und Existenzgründungschancen junger Menschen zu sichern, die Identität der Menschen mit ihrer Region zu stärken und die Eigenverantwortung der Bürger für den Staat und die Gesellschaft zu fördern.

Der Verein hat 270 Unternehmen als Mitglieder und glaubt, dass das Ruhrgebiet ein neues Konzept braucht. Der viel beschworene Strukturwandel hätte aus der Region zwischen Rhein und Ruhr, trotz guter Ansätze, noch keine Metropole erster Klasse gemacht. Schlimmer noch: Dem Ruhrgebiet gehen die Bürger aus. Bis zum Jahr 2015, so besagen Studien des Landesamtes für Statistik, wird das Ruhrgebiet rund neun Prozent seiner derzeit mehr als fünf Millionen Einwohner verlieren. Das würde einen Kaufkraftverlust von 14 Milliarden DM pro Jahr bedeuten. Schuld wäre nicht nur die Geburtenrate. Vor allem die junge, erwerbstätige, gut ausgebildete und kaufkräftige Schicht wandert in die Randgebiete und andere Regionen ab. Besonders besorgniserregend ist, dass gerade die Altersgruppe der 30- bis 49-jährigen der Stadt den Rücken kehrt – in Essen mehr als anderswo.

Das „Gebot der Stunde“ sei daher ein Masterplan, der diese und andere Krisen stoppe. Einstimmig forderte der Vorstand von „Pro Ruhrgebiet“ das Land auf, einen solchen Rettungsplan bei Experten in Auftrag zu geben. Es müsse jetzt etwas passieren, und die Initiative müsse vom Land ausgehen. Der Geschäftsführer von „Pro Ruhrgebiet“, Roland Kirchhof, wies auf zahlreiche bereits leer stehende Wohnungen hin. Dies seien erste und ernste Alarmzeichen.

Mit Sorgen blickt man auch im Essener Rathaus auf die Bevölkerungsentwicklung. „Die jüngsten Zahlen liegen im Trend“, sagt Hans-Rainer Burisch, Leiter des Amtes für Statistik und Stadtentwicklung. Er sitzt zur Zeit an einer neuen Prognose, die Anfang des kommenden Jahres vorliegen soll. Die letzte basiert auf Zahlen aus der Mitte der 90er Jahre.

Ziemlich gesichert sind dagegen die Gründe, weshalb gerade junge Familien die Stadt verlassen. Burisch: „Es sind die Schwierigkeiten, zu einem finanzierbaren Preis eine gute Wohnung oder ein Haus zu finden.“ Viele wollten aber auch einfach nicht mehr in einer Großstadt leben. Und: Berufliche Gründe zwingen zum Abschied von Essen.

Fünf Stellschrauben macht der Verein aus, mit denen die Zukunft des Ruhrgebiets zu beeinflussen sind: Die Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Unternehmen in 12 Zukunftsbranchen, der Ausbau von Forschung und Qualifizierung in den Wissensfeldern dieser Branchen, verknüpft mit einer breiten Bildungsoffensive, die Festigung der Infrastruktur bei Kultur, Freizeit und Verkehr, ein zukunftsweisendes Flächen- und Immobilienmanagement, das den Bedarf nach Ein- und Zweifamilienhäusern unterstützt, sowie Projekte in den Themen gesellschaftliches Klima und Image.

Wenn es um regionale Lösungen geht, so „Pro Ruhrgebiet“, muss auch eine einheitliche regionale Struktur gefunden werden. Eine politische Handlungsmittel, für die in der heutigen Diskussion der Begriff „Ruhrstadt“ steht, wäre das Gebot der Stunde. Keine der bisherigen Ruhrgebiets-Organisationen wäre stark genug für eine solche Aufgabe, schon gar nicht die außerhalb des Ruhrgebiets angesiedelten Regierungspräsidien.

„Kohle kann mehr“

Das war die zentrale Botschaft einer Veranstaltung der IGBCE, die Ende Oktober 2001 in Bochum stattfand. In den kommenden Monaten soll auf Plakaten sowie in Anzeigen und Broschüren auf Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie den Beitrag zur Versorgungssicherheit hingewiesen werden, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende Hubertus Schmoldt. Sein Stellvertreter, Klaus Südhof, sprach von der „größten Kampagne unserer Geschichte“. Sie kostet 750.000 DM.

Die Kohle fließe nicht nur in die Stromerzeugung, sondern werde als Folgeprodukt (Kohlefaser) in Satelliten und Raumstationen eingesetzt. NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement beurteilt die Kampagne als „wichtigen Aufklärungsbeitrag für eine zukunftsfähige Energiepolitik“.

Schmoldt forderte Planungssicherheit bis zum Jahr 2015. Der Energiesockel, über den zur Zeit in der EU verhandelt wird, solle Deutschland bis dahin

eine Kohleförderung von 20 Millionen Tonnen ermöglichen. Wie viele Zechen und Mitarbeiter diese Leistung erbringen sollen, sei offen. Darüber jetzt zu spekulieren, hält die IGBCE für „unverantwortlich“.

Der politisch vorgegebene Stellenabbau habe zu einem Verlust an Fachkräften geführt, beklagte Schmoldt. Die Zahl der Beschäftigten im deutschen Steinkohlebergbau lag am Jahresende nur noch bei 43.200, das sind 23.200 weniger als noch vor zwei Jahren. Diese Zahlen legte das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium vor. Der Bergbau brauche schon bald wieder „Auszubildende für Untertage-Berufe und die Neueinstellung junger Facharbeiter“. Südhofer bekannte, dass das Unternehmen „zum Teil die falschen Leute gehen ließ“. Dies müsse jetzt wieder „ausgependelt werden“.

Armut, Arbeitslosigkeit, fehlende Perspektiven

Für Kinder und Jugendliche im nördlichen Ruhrgebiet muss noch viel getan werden. Zu diesem Schluss kommt Armutsforscher Klaus Peter Strohmeier, Professor an der Ruhr-Uni Bochum und Leiter des Zentrums für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung. Vor allem für Kinder und ihre Mütter sei das Risiko, weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung zu haben, groß. 40 Prozent der Sozialhilfeempfänger im Ruhrgebiet sind Kinder unter 18 Jahren. Unter den 30 Prozent Erwachsenen bis 50 Jahre ist der Großteil weiblich; jede zweite Frau, die Sozialhilfe empfängt, ist allein erziehend.

Gleichzeitig leben in einer Großstadt wie Essen in nur 16,5 Prozent aller Haushalte überhaupt Kinder. In den ländlichen Randgebieten, wohin immer mehr Mittelschichtfamilien ziehen, gibt es verhältnismäßig mehr Kinder, aber weniger Kinderarmut. Gastarbeiterfamilien und deren Nachkommen bleiben aber in den Städten wohnen und bekommen überdurchschnittlich viele Kinder – weshalb es in nördlichen Bezirken Schulen gibt, in die deutsche Kinder kaum noch eingeschult werden.

Die materielle Armut ist nur die eine Seite, unter der die Gesellschaft in vielen Gegenden des Ruhrgebiets leidet. Für die junge Generation, sagt Strohmeier, sei Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung und Apathie (etwa die sinkende Wahlbeteiligung) normal; die Folgen seien schlechtere Gesundheit, zerstörte Familien, Gewalt und Vernachlässigung. Strohmeier: „Kinder in den Armutsstadtteilen erfahren eine abweichende gesellschaftliche Normalität“. Die Chancen, dass die junge Generation die bisher funktionierende Gesellschaft fortführt, sinken. Diese Entwicklung umzudrehen, sei eine „Herausforderung der lokalen Politik“.

Tourismus in Essen – kein Witz mehr

Mit 910.000 Übernachtungen im Jahr 2000 (10,1 Prozent mehr als im Vorjahr) liegt Essen mit weitem Abstand an der Spitze des Ruhrgebietes, gefolgt von Dortmund mit 597.000 und Bochum (428.000). Wolfgang Köppen, Chef der Touristik-Zentrale im Handelshof, freut sich über die Entwicklung im ersten Halbjahr 2001: „Essen konnte ein Prozent zulegen, während Dortmund beispielsweise 10,5 Prozente verlor“. Pro Jahr kommen mehrere Millionen Menschen nach Essen, zwei Millionen allein zur Messe, 500.000 zur Zeche Zollverein, viele Tausende in die Museen, 308.000 in die städtischen Theater. Vier Millionen Menschen kamen zu den Lichtwochen und zum Weihnachtsmarkt, darunter allein 100.000 Niederländer.

Die Touristik-Zentrale ist inzwischen zu einer bedeutenden Servicestelle für die Wirtschaft, die Kultureinrichtungen, Hotels, die Messe und Busunternehmen aus dem In- und Ausland geworden. Köppen: „Allein die Bustouristen sorgen für einen Umsatz in der Innenstadt von 6,5 Millionen.“

Das Image Essens habe sich in den letzten Jahren verbessert, meinte Köppen zuversichtlich. Es sei daher von Bedeutung, dass die Stadt ihre Infrastruktur ausbaue, dass sie gastlich und freundlich ihre Kunden behandle. „Jeder Gast, der sich in Essen wohlfühlt, kommt gerne wieder. Das muss unser Credo sein, denn wir haben noch viel zu tun, um international attraktiv zu sein. Doch das Blatt hat sich gewendet. Nun kommt es auf eine gemeinsame Strategie in der Region an“, so Köppen.

6. Lokalpolitik in Essen

Parteifraktionen und lokale Politiker sind viel mehr als ihre rumänischen Kollegen auf reale Kommunalpolitik konzentriert. Sie behandeln nur Themen, für die sie verantwortlich und mit denen sie vertraut sind. Zum Beispiel:

Jugendpolitiker kämpfen für Heime und Proberäume:

Pressekonferenz der CDU-Stadtratsfraktion: „Wir haben mit Erschrecken sehen müssen, in welchem Zustand die Einrichtungen zum Teil sind“, erklärten die CDU-Ratsherren Thomas Kufen und Peter Luthé. Daher habe sich die Fraktion entschieden, den bereits im Vermögenshaushalt eingesetzten Betrag von 380.000 Mark um 100.000 Mark anzuheben. Die neue Summe wurde vom Kämmerer freigegeben. Gleichzeitig sind die Jugendpolitiker aber auch sicher, dass diese Maßnahme nur ein kleiner erster Schritt ist.

Auch die Rock- und Popszene soll verstärkt nach den Vorstellungen der CDU-Jugendpolitiker gefördert werden. Allein in diesem Jahr können für rund 100.000 DM fünf neue Proberäume in Jugendeinrichtungen mit Schallschutz ausgestattet werden. Erleichtert zeigten sich die Politiker, dass die SPD im Landtag die geplanten Kürzungen für die Träger der Jugendheime zurückgenommen hat.

Einschnitte an den Gymnasien:

Von den fünf Gymnasien im erweiterten Essener Innenstadtbereich sollen vier bestehen bleiben, erfuhr ich im Rathaus im Schulausschuss. Die Luisenschule bleibt demnach auf der Strecke. Sie wird, wenn der Rat zustimmt, ab dem kommenden Schuljahr keine neuen Schüler mehr aufnehmen. Kurz- oder mittelfristig könne das restliche Gymnasium an ein anderes angegliedert werden, heißt es.

Die CDU folgt damit der jüngsten Verwaltungsvorlage, und auch aus den anderen Parteien signalisiert man vorsichtig, diesen Gleitflug mitzumachen. Auch wenn Grüne und SPD am liebsten noch einen zweiten Standort aufgeben würden, weil die Schülerzahlen zu niedrig sind. Sie plädierten im Ausschuss dafür, drei Schulen zusammenzulegen. Das habe eine größere Perspektive und Sorge für mehr Planungssicherheit bei den Eltern.

Bis zu 19 gymnasiale Eingangsklassen könnten in Zukunft stadtweit wegfallen, weil die Einwohner- und Kinderzahlen sinken. Ein riesiges Überangebot bei einer Aufnahmekapazität von zur Zeit 82 Zügen drohe. Leistungsfähig soll auch das Realschul-Angebot bleiben. Keinen Handlungsbedarf sieht die Schulverwaltung dagegen an den Hauptschulen. Dort werden in den nächsten Jahren keine großen Veränderungen erwartet.

Die Stadt ist pleite:

Die finanzielle Lage der Stadt Essen hat sich im letzten Jahr dramatisch verschärft. Das Defizit steigt auf 428 Millionen Mark. Mit 277 Millionen wurde zum Jahresbeginn gerechnet. Das mühsam errungene Sparkonzept ist damit geplatzt.

Immer wieder muss die Kämmerei ihre Zahlen nach unten korrigieren. Allein um 100 Millionen Mark sackten in 2001 die Gewerbesteuer-Einnahmen ab. Statt der geplanten 600 Millionen waren es nur 500. Für den Kämmerer Horst Zierold zeichnet sich eine bedrohliche Entwicklung ab, denn es kommt auch weniger Geld über die Einkommenssteuer herein. Dazu immer neue belastende Gesetze und Verordnungen. Das kommt mir bekannt vor.

Auch die Lokalpolitiker aus Temeswar äußern wieder und wieder solche Sorgen und dieselbe Unzufriedenheit.

„Wir werden das Haushaltssicherungskonzept weiterfahren“, sagt Zierold, „aber das reicht nicht aus“. Alles müsse erneut auf den Prüfstand, eine weitere Reduzierung der Infrastruktur sei kaum zu verhindern. Dabei gestehe der Kämmerer ein: „Mit Sparen allein kommen wir nicht ans Ziel.“ Man werde ganze Aufgaben in Frage stellen müssen. Es werde unmöglich sein, bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, trotz aller bisherigen Anstrengungen, Streichungen und Kürzungen. Allein 1.000 Stellen seien bisher im Rathaus abgebaut worden. Ersparnis pro Jahr: 100 Millionen Mark. Es reicht aber nicht.

Zierold hält drei Strategien für unerlässlich. So müssten sich nun bundesweit alle Kämmerer zusammenschließen, um gemeinsam „den Druck zu erzeugen, der für eine grundlegende Gemeindefinanzreform erforderlich ist“. Es gehe um nichts Geringeres als das Überleben der kommunalen Selbstverwaltung. Die rasante Talfahrt der Kommunalfinanzen im Ruhrgebiet stelle inzwischen die erreichten Ergebnisse des Strukturwandels in Frage. „Ich kann mir vorstellen, dass die Kämmerer bald mit den Bürgern gemeinsam auf die Straße gehen.“

Die Bevölkerung müsse erkennen, dass es um ihre Belange, wie den Zustand von Schulen oder anderen Einrichtungen, um ihren Lebensraum oder das Image ihrer Stadt gehe.

7. Religion und Kultur = Toleranz und Vielfalt

Ende Oktober 2001 untersuchte eine Studie des Kölner Rheingold-Instituts für Markt- und Medienanalyse die Frage „Wie halten es die Deutschen mit dem Glauben?“. Die Ergebnisse fand ich wertvoll, da in Rumänien die Kirche und der Glaube eine immer stärkere Rolle in einer von 50 Jahren Kommunismus geprägten Gesellschaft spielen. Die Daten wurden im Auftrag der überkonfessionellen Projekt-Agentur Pro-Christ in Essen und Leipzig vorgestellt.

Die Forscher machten vier Grundtypen aus. Den Volksglauben, der zwar diffus sei, aber eine große Bedeutung für die Lebensführung habe. Ihn zeichne jenseits von amtskirchlichen Lehren eine Ein-Gott-Vorstellung, ein Jenseits-Prinzip, die Sinnfrage, die Orientierung von Moral und Ethik an den Normen der Zehn Gebote, ein Belohnungsprinzip und die Hoffnung auf eine „unerwartete Verrechnung“ guter Werke aus. Dies gelte für Menschen, die höchstens Weihnachten zur Kirche gingen, deren Glaube aber etwa durch Schicksalsschläge reaktivierbar sei.

Weitere Typen seien der vom Willen gesteuerte „intentionale Atheist“, der Sucher nach einer sozialen Gemeinde, in der man nicht bibelfrom und kir-

chentreu sei, sich aber treffen und Gutes tun könne sowie der Gläubige, der seine Gemeinde als Vertreterin Gottes ansieht.

Die Alte Synagoge in Essen wird Haus für jüdische Kultur

Die Alte Synagoge soll sich von ihrem derzeit noch musealen Charakter lösen und zu einem Haus von europaweiter Bedeutung für zukunftsgerichtete Projekte werden. Das ist das Ergebnis eines Hearings mit Politikern und Forschern aus Deutschland, Österreich und Israel, das in der Gedenkstätte Alte Synagoge am 26. Oktober 2001 stattfand. Das Land Nordrhein-Westfalen werde neben der Stadt Essen eine Umgestaltung, die in etwa vier Jahren vollzogen sein könnte, finanziell unterstützen und sich langfristig an den Kosten beteiligen, erklärte Beate Scheffler, Ministerialdirigentin in der NRW-Staatskanzlei.

Ein Schwerpunkt soll dabei jüdische Kunst sein. Aber Kunst der Gegenwart, Konzerte nicht mit historischer, sondern avantgardistischer Musik. Oder Veranstaltungen über das Zusammenleben der Kulturen nach dem 11. September. Edna Brocke, Leiterin der Alten Synagoge: „Ein Vorschlag war auch, mit performing arts die jüdische Erfahrung durch Künste wie Theater oder Film zu vermitteln.“

Die Forschungsstätte an der Alten Synagoge soll ebenfalls Zukunftsfor-schung betreiben. Beate Scheffler: „Ein Ansatzpunkt wäre etwa die Integra-tion jüdischer Gemeindeglieder, die aus den GUS-Staaten kommen, und wie die neue kulturelle Prägung diese Menschen verändert.“

Wichtig ist es Edna Brocke, von der „Belehrung“ durch eine „Mahn- und Gedenkstätte“ wegzukommen: „Zur Aufklärung der 4. und 5. Generation nach dem Holocaust gehört ein freundlicher Empfang, nicht der erhobene Zeige-finger.“

„Sie sind doch nicht vom Himmel gefallen“

So heißt eine Jahresaktion der Evangelischen Jugend Essen gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus, die bis März 2002 geplant ist. Das war auch das Thema der Reportage, die ich geschrieben habe und die in der WAZ veröffentlicht wurde. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche der Evangelischen Jugend Essen und darüber hinaus. Dabei soll nicht der harte Kern rechter Jugendlicher angesprochen werden, sondern diejenigen, die in ihren Haltungen und Denkweisen mit dem rechten Denken sympathisieren, es aufgreifen und fördern, ohne dezidiert rechts zu sein.

Klaus Krapf, Jugendreferent des evangelischen Kirchenkreises Nord, will zeigen, dass „gemeinsam etwas zu entwickeln befriedigender ist, als etwas zu zerstören. Gemeinsam für eine Sache zu schwitzen bringt mehr, als gemeinsam andere niederzumachen. Wir können zusammen etwas auf die Beine stellen, ohne einen „Führer“ zu brauchen, wir lernen aus unseren Konflikten, ohne die anderen platt zu bügeln, und wir achten den Menschen im anderen, ohne dass wir kritiklos werden.“

8. Der EURO kommt! Und er war da

Das viermonatige Stipendium hat mir die Gelegenheit gegeben, einen historischen Moment live zu erleben: die letzten Vorbereitungen und die tatsächliche Einführung der europäischen Währung. Ein langer und schwieriger, aber auch erwarteter Prozess. Die WAZ hat sich intensiv mit dem Thema beschäftigt und 2001 die „Euro-Serie“ veröffentlicht. Dazu gehörten ein Gewinnspiel, bei dem es einen Smart zu gewinnen gab, Ratgeber-Seiten und Lesergeschichten zum Thema „Als die D-Mark kaufen lernte“. Die gesammelten Geldgeschichten der WAZ-Leser erschienen im Januar 2002 in einem „Klartext“-Buch.

Was ein Leser aus Gelsenkirchen übermittelte, hat mich beeindruckt: „Ich kann mich noch sehr gut an den Juni 1948 erinnern, an den Monat der Währungsreform. 14 Jahre war ich damals alt, mein Vater arbeitete als Bergmann, meine Mutter hatte mit dem Haushalt, in dem neben fünf Kindern auch noch meine Großeltern und eine kranke Tante zu versorgen waren, mehr als genug zu tun. Was sie dann nach der Währungsreform empört hat, das war die Tatsache, dass sich buchstäblich über Nacht die leeren Schaufenster füllten, dass es plötzlich in den Geschäften alles zu kaufen gab. Die schlimmste Not war mit der Währungsreform überstanden – doch von Stund‘ an bis heute drehte und dreht sich alles nur ums ‚liebe‘ Geld.“

Es gab viele Probleme und Tausende Fragen vor der Euro-Einführung. Für die Bürger aus dem Revier war es nicht leicht zu verstehen, wie der Fahrkartenverkauf für den Nahverkehr nach dem 1. Januar 2002 funktionieren sollte. Zwei Jahre lang haben sich der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) und seine 24 Verkehrsbetriebe auf den Euro vorbereitet. Zwei Jahre lang haben sich viele Mitarbeiter Gedanken gemacht, wie sie die Mammutaufgabe des Währungswechsels gut über die Bühne bringen können.

Trotzdem haben sich die 24 Unternehmen im VRR nicht auf eine einheitliche Regelung zum Einzelfahrkarten-Verkauf im Zuge der Euro-Umstellung einigen können. In 80 Prozent der Busse wurde während der Doppelwährungszeit von Januar bis Februar 2002 die D-Mark akzeptiert und das Wech-

selgeld in Euro herausgegeben. In 10 Prozent der Busse (Dortmund, Mülheim, Essen) wurde die D-Mark vor dem Fahrkartenverkauf im Verhältnis 2 DM gleich 1 Euro (für den Kunden ungünstig) getauscht. In weiteren 10 Prozent der Busse (Mülheim, Oberhausen) wurde nur Euro angenommen.

Ein merkwürdiges Beispiel stellte mir ein WAZ-Redakteur vor: die Buslinie CE 91. Sie rollt von Duisburg über Oberhausen, Bottrop und Gladbeck nach Gelsenkirchen. Wer mit dieser Linie fuhr, konnte Glück haben: Er bekam gegen D-Mark einen Fahrschein und Wechselgeld, exakt in Euro umgerechnet oder nach oben auf 5 oder 10 Cent gerundet. Der war aber nur in den CE-91-Bussen der „Vestischen“ gültig.

Die CE-91 ist jedoch eine sogenannte Gemeinschaftslinie und wird auch von Bussen der Stadtwerke Oberhausen bedient. In diesen Wagen galt: Wer in Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen einstieg, musste den ungünstigen Tauschkurs von 2 DM zu 1 Euro akzeptieren – und hatte damit sogar noch Glück.

Doch wer in dem gleichen Bus im Stadtgebiet Duisburg oder Oberhausen mit D-Mark bezahlen wollte, hatte Pech. Im Bereich dieser beiden Städte wurde nur der Euro angenommen. D-Mark Besitzer im Grenzbereich hatten dann immerhin die Möglichkeit, zum Beispiel von Oberhausen zur ersten Haltestelle in Bottrop zu wandern – dort galt ihre D-Mark dann wieder. Aber nur 2:1.

9. Talkshow ohne Kameras

Ausverkauft war am Sonntag, dem 25. November 2001, das Europahaus am Kennedy-Platz in Essen. Auf der Bühne führte WAZ-Lokalchef Wulf Mämpel seine 13. Talkrunde zum Thema „Schwarz statt Rot: zwei Jahre nach dem Machtwechsel in Essen – wohin geht die Reise?“. Ein Talkshow ohne Kameras im Saal, aber mit Zuschauern, die eine Eintrittskarte gekauft haben – das würde kein rumänischer Produzent oder Talkmaster machen. Niemand (oder viel zu wenige) würde für eine politische Diskussion Geld aus der eigenen Tasche zahlen.

Das Thema des Abends bot hinreichend Zündstoff, ging es doch um eine Bilanz der zweijährigen Regierungsarbeit der CDU und ihrer Mehrheitsbeschafferin FDP sowie der nicht mehr ganz neuen Rolle der SPD in der Opposition. Zudem beschäftigte die Frage, wohin die Essener Reise geht.

Anwesend waren die Fraktionschefs der CDU, SPD, FDP und der Grünen sowie zwei Professoren. Prof. Erich Staudt, Leiter des Instituts für Innovationsforschung der Uni Bochum, stellte der Politik ein schlechtes Zeugnis aus: konzeptionslos und populistisch. Auffällig sei inzwischen das „Riesenloch“ zwischen universitärer und gewerblicher Ausbildung. Zwei weitere Vorwürfe: „Seit 30 Jahren führen Sie die Diskussion über einen Deckel auf der A 40 und

haben damit 30 Jahre lang Strukturentwicklung verhindert. – Wenn 200 Milliarden Mark statt in den Bergbau in die Infrastruktur geflossen wären, hätten wir die Region längst großräumig an Europa angebunden“. Staudt glaubt nach einer Untersuchung, dass in der Verwaltung noch 30 bis 40 Prozent Sparpotenzial stecke.

Als Spezial-Gast des Abends resümierte OB Wolfgang Reiniger zwei Jahre seiner Amtszeit und verteidigte Prozesse, die heute, dank mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz, sich zwangsläufig in die Länge zögen: „Entscheidend ist, dass am Ende mehr Qualität steht.“

10. Schlechte Nachrichten für Rumänien

Ein wichtiges Ziel der rumänischen Politik ist die europäische Integration. Bürger, Wirtschaftsleute und Politiker – fast alle träumen davon. Selbstverständlich interessiert mich das Thema auch, so dass ich für die letzten Entwicklungen aufmerksam war. Leider sah es für Rumänien verblüffend schlecht aus.

Am 13. November 2001 hat EU-Kommissar Günter Verheugen dem Europaparlament in Straßburg einen Fortschrittsbericht vorgestellt. Mit Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, der Slowakei, Estland, Lettland, Litauen, Zypern und Malta könnten nach dem Bericht bei weiterhin guter Entwicklung 2002 die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden.

EU-Kommissionspräsident Romano Prodi attestierte den Kandidaten bereits am Vortag „unerwartete Fortschritte, mit denen man vor zwei Jahren nicht gerechnet hätte“. Bulgarien und Rumänien fielen aus der positiven Beurteilung heraus. Ihnen wird der Beitritt frühestens 2008 in Aussicht gestellt. Die Türkei erfüllt unter den 13 Bewerbern bislang als einziges Land noch nicht einmal die politischen Kriterien.

Die Finanzierbarkeit sieht die EU gesichert. War ursprünglich geplant, 2002 sechs Kandidaten aufzunehmen, so garantiert nach Angaben der Kommission die Verschiebung des Zeitplans auf 2004 die Mittel auch für zehn Kandidaten.

Bei aller Zuversicht, die aus Verheugens Bericht spricht, gibt es aber auch bei den Favoriten Probleme. Viele Beitrittskandidaten haben Schwierigkeiten mit dem Aufbau moderner Justiz- und Verwaltungsstrukturen. In einigen Ländern ist Korruption noch weit verbreitet. Kritische Kandidaten sind Zypern, dessen geplante Aufnahme den Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland verschärft, sowie Polen, das in den Vorbereitungen weit zurückgefallen ist.

11. „Lokalzeit Ruhr“ oder das Fernsehen in Essen

Montag, der 3. Dezember: erster Kontakt zu einer ganz neuen Fernsehwelt. In Essen funktioniert einer der neun Lokalsender des WDR. Ungewöhnlich große finanzielle und organisatorische Mittel, aber auch viel Personal wurden eingestellt um grundsätzlich zwei Programme zu produzieren: fünf Minuten Nachrichten um 18 Uhr und ein 30 Minuten langes Magazin um 19.30 Uhr. Die Redaktion besteht aus einem Leiter, drei Moderatoren, fünf Reportern, acht Redakteuren und zahlreichen freien Mitarbeitern. Die Produktion ist für die aktuelle Berichterstattung zuständig. Um die Nachrichtensendungen des WDR zu versorgen, arbeiten in Essen 23 feste Mitarbeiter, die auch von Studenten und freien Mitarbeitern unterstützt werden.

Viele der hier produzierten Filme sind von überregionalem Interesse und werden von den landesweiten Sendungen des WDR, NRW am Mittag, Aktuelle Stunde, NRW am Abend, übernommen oder in der ARD gesendet. Ansonsten unterstützt das Team andere Studios bei sogenannten Schaltgesprächen für Live-Sendungen im Rahmen des ARD Programmaustausches. Damit dies alles funktioniert, muss jeder Handgriff sitzen. Verantwortlich für einen reibungslosen Ablauf ist der Produktionsleiter.

Zwei Aufnahmeleiterinnen koordinieren fünf Kamerateams und fünf Cutter, die jeweils eng mit der Redaktion zusammenarbeiten. Die Aufnahmeleiterinnen haben eine wichtige Rolle, weil sie die Ansprechpartnerinnen sind, wenn es sich um den Austausch von Filmen mit anderen Studios oder die Organisation von Schaltgesprächen handelt. Neben der Organisation der festen Teams gehört auch die Anmietung und Abrechnung des freien Personals zu ihren Aufgaben.

Die Kameraleute sind in Zusammenarbeit mit ihren Assistenten oder EB-Technikern (Elektronische Berichterstattung) für die Bild- und Tonaufnahme der von der Redaktion geplanten Themen verantwortlich. Hierbei haben die WDR-Teams viel mehr gestalterischen Einfluss was die redaktionelle Auswahl der Bilder angeht als bei unserem Sender in Temeswar. Die Kameraleute werden bei aufwendigen Sendungen auch im Studiobetrieb oder bei Außenübertragungen eingesetzt.

Aus dem von den Kamerateams und Autoren erstellten Rohmaterial „schneiden“ die Cutter/-innen innerhalb kürzester Zeit den fertigen Film. Sie arbeiten an analogen und digitalen Schnittplätzen. Hierbei achten die Cutter/-innen unter künstlerischen Gesichtspunkten darauf, dass der von den Autoren vielfach parallel geschriebene Text zu den ausgewählten Bildern passt. Manchmal, was bei Analog TV noch nie passierte, werden Beiträge auch live gesprochen. Dies stellt erhöhte Anforderungen auch an die Leute, die in der Senderregie arbeiten.

Dort sind zwei Bild-/Toningenieure und drei Techniker/-innen tätig. Sie werden während der Sendungen von studentischen Mitarbeitern unterstützt, aber auch von freien Mitarbeitern an dem Schriftgenerator und dem Bildspeicher.

12. Ein normaler Arbeitstag ...

... beginnt gestern. In der Mittagskonferenz werden immer Themen für den nächsten Tag besprochen. Das tägliche Programm wird von drei Redakteuren gesteuert. Sie führen die Planungsredaktion, die Senderedaktion und die Nachrichtenredaktion.

Ein gutes Beispiel wie die „Lokalzeit Ruhr“ gemacht wird, ist die Edition 6. Dezember. Das Programm besteht gewöhnlich aus drei Berichten, einer Tagesreportage, einem „Vorsetzer“ (also einer Einleitung) mit einem Studiogast, dem Nachrichtenblock Kompakt, der Rubrik „Tipps und Termine“ und am Ende die Adventskalender-Serie.

Die Tagesreportage präsentiert einen Essener Goldschmied, der einen 20 kg schweren silbernen „Deko-Engel“ vermisst. Der Engel war unübersehbar groß und hing als himmlische Dekoration über der Tür der Goldschmiede – ein richtiger Blickfang. Er wurde aber gestohlen und die Diebe müssen sich offensichtlich richtig Mühe gegeben haben, ihn zu demontieren.

Die Berichte bringen auf dem Bildschirm zuerst afghanische Kinder, die sich im Friedensdorf Oberhausen auf die Rückreise in ihre Heimat vorbereiten. Es sind 30 Kinder, die in den letzten Monaten in Deutschland behandelt wurden und die zusammen mit einem außerplanmäßigen Transport mit Hilfsgütern nach Afghanistan zurückgebracht werden.

Dann geht es wieder um Engel. Diese stehen aber mit beiden Beinen fest auf der Erde und haben handfeste Erfahrungen zu bieten. „Business-Angels“ heißen sie; sie sind erfahrene Geschäftsleute, die ihr Know-how und auch ihr Geld in junge, aufstrebende Unternehmen stecken. Die Idee hat Schule gemacht, denn es profitieren letztendlich beide Seiten, also auch die Business-Angels. Sie sind Wirtschaftsexperten und diskutieren Fördermodelle für junge Unternehmen.

Selbstverständlich darf am 6. Dezember der Nikolaus in der „Lokalzeit“ nicht fehlen. Diesmal war er in der Kinderstation des Marienhospitals in Gelsenkirchen. Dort schlüpfte Oberarzt Dr. Mathias Papsch in die Rolle des Nikolaus. Für den Arzt ist diese Rolle eine besondere Herausforderung: „Viele Kinder wollen natürlich vom Nikolaus wissen, wann sie wieder gesund werden und nach Hause dürfen,“ erzählt er: „Da kann ich dann nur ganz vorsichtig trösten und versprechen, alle Ärzte ordentlich anzuspornen, ihr bestes für die Kinder zu tun!“

Ich war beim Drehen und beim Schnitt dabei und es war sehr spannend, weil alles in wenigen Stunden gemacht wurde. Von 15 bis 17 Uhr wurde gedreht, von 17.30 bis 19 Uhr geschnitten und um 19.30 Uhr gesendet.

Studiogast war der Ex-Tatort-Kommissar Winfried Glatzeder, der im Essener Theater am Rathaus in der beliebten Komödie „Mein Freund Harvey“ die Hauptrolle spielt. Ausnahmeweise wurde an diesem Tag die Diskussion um 16 Uhr aufgezeichnet.

Täglich muss die Nachrichtenredaktion den Kompakt-Block produzieren. Er ist ca. drei Minuten lang und besteht aus fünf oder sechs Nachrichten, inklusiv der Wettervorhersage. Die Themen am 6. Dezember waren: ein Steuerhinterziehungs-Prozess aus Essen, vier Menschen sind bei Verkehrsunfällen im Ruhrgebiet ums Leben gekommen; die Hochschulen in NRW erhalten professionelle Hilfe beim Schutz und der Verwertung ihrer Patente, die Abwassergebühren werden von der Emschergenossenschaft gesenkt, vom Dach des Archäologie-Museums in Herne fließt aus Sonnenlicht gewonnener Strom ins öffentliche Netz, die Polizei in Gelsenkirchen schließt einen Kooperationsvertrag mit den Behörden im englischen Newcastle und dem niederländischen Arnheim, um die Erfahrungen und Konzepte im Umgang mit Randalierern beim Fußball auszutauschen.

Die Lokalzeit Ruhr wird komplettiert von „Tipps und Terminen“, das sind Infos über kulturelle und unterhaltsame Veranstaltungen im Revier.

13. Rätsel, Geschichten oder Jobs?

So wie im Printbereich, ist auch im Fernsehen der Service-Teil sehr wichtig. Wöchentlich kann man in der Lokalzeit Ruhr Rat, Information, aber auch spannende Unterhaltung sehen. In der Rubrik „Rätselzeit“, zum Beispiel, können die Zuschauer ihr Wissen über die Region unter Beweis stellen. In Worten und Bildern werden Rätsel um Prominente, Bauwerke oder Stadtteile präsentiert. Die Zuschauer können per Telefon, Fax oder E-Mail ihre Lösung einsenden und meistens bekommen die Gewinner Eintrittskarten für verschiedene Veranstaltungen. Am 6. Dezember ging es um ein Hochzeitsparadies. Ein Schloss und eine Burg, ein Industriedenkmal oder ein Boot auf dem Kanal sind nur einige der Orte, wo man eine Ehe schließen kann. Die Frage lautete: Um welche Ruhrgebietsstadt handelt es sich?

Immer Donnerstags startet eine andere interessante Aktion der Lokalzeit-Ruhr. Sie heißt „Unsere Straße“ und ein Zuschauer kann per Telefon live eine Straße aus dem Sendegebiet auslösen. Dort fährt dann am nächsten Samstag um 10 Uhr ein Reporter hin, der mit Anwohnern plaudert, Menschen mit originellen Hobbys besucht, in wunderschöne Gärten blickt oder sich in Wohn-

stuben und Geschäften umguckt. Alles unter dem Motto – „Es gibt keine Straße, die nicht irgendwelche interessanten oder amüsanten Anekdoten zu bieten hat“.

Die „JobZeit“ bringt Themen aus der Arbeitswelt. Sie beantwortet Fragen zu Berufsalltag und Arbeitsmarkt: Wie bewerbe ich mich richtig? Was macht ein Ergotherapeut? Wer bezahlt die Fortbildung? Das Themenspektrum ist riesengroß: neue Berufe, Jobsuche im Internet, Studieren im Ausland, Arbeitsrecht, Heimarbeit, Berufskrankheiten, Alkohol am Arbeitsplatz, Erziehungsurlaub, Arbeitnehmerhaftung oder Jobsharing. Weitergehende Fragen beantwortet immer ein kompetenter Interviewpartner im Studiogespräch.

„Lokalzeit Geschichten“ werden wöchentlich unter dem Motto „Erinnern Sie sich noch?“ gesendet. Es werden Bilder von damals gezeigt: Die Rettung verschütteter Bergleute, den ersten Selbstbedienungsladen im Ruhrgebiet, die Grugahalle in Essen im Beatles-Fieber, den Niedergang der Montanindustrie. Dabei profitiert die Redaktion von den sagenhaften Schätzen des Archivs und von den Erlebnissen der Zuschauer. So werden Erinnerungen wach an Zeiten, die nicht unbedingt besser waren, aber gerade heute ungemein unterhaltsam sein können. Zeitzeugen blicken zurück auf die großen und kleinen Ereignisse an Ruhr und Emscher. Selbstverständlich haben die Zuschauer die Möglichkeit, per Post oder E-Mail Geschichten zu erzählen, von denen dann auch manche auf den Bildschirm kommen. Wie zum Beispiel die Bundestagswahl 1961, als die SPD den Durchbruch im Ruhrgebiet schaffte. In vielen Städten des Reviers war die SPD nur zweite Kraft, hinter den Kommunisten der KPD, hinter dem katholischen Zentrum oder später der CDU. Erst bei den Bundestagswahlen 1961 änderte sich dies, die SPD wurde stärkste Partei im Ruhrgebiet. Ausgelöst wurde dies vor allem durch zwei Faktoren: Die Bergbaukrise ließ viele an der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Union zweifeln und Willy Brandt, Kanzlerkandidat der SPD, versprach den „Blauen Himmel über der Ruhr“.

Jeweils donnerstags gibt es die Wetterschalte der Lokalzeit. Ob Regen oder Sonnenschein, ob kalt oder warm, ob heiter oder bewölkt, das Wetter im Ruhrgebiet ist ganz besonders wechselhaft. Drei „Wetterfrösche“ informieren jeden Donnerstag live über die Aussichten der kommenden Woche.

Außer der täglichen „Tipps und Termine“ bringt die Lokalzeit die wöchentlichen „Museumstipps“, die die Lust auf Entdeckungen wecken sollen. So lernen die Zuschauer der Lokalzeit, dass nicht nur Menschen „erzählen“ können. Es wird erklärt, was sich mit den Namen „Osthaus“, „Jugendstil“ oder „Folkwang“ verbindet oder es wird die Geschichte von der „Moorkuh“ erzählt. Die Museumstipps zeigen also, was und wo es im Revier etwas zum Anschauen, zu erleben und zu erfahren gibt.

14. „Die Kathedrale der Industriekultur“

So nannte Ministerpräsident Wolfgang Clement die Zeche Zollverein aus Essen, als sie am 14. Dezember 2001 in Helsinki zum Weltkulturerbe der Menschheit ernannt wurde. Dies entschied nicht etwa ein selbstgefälliger Provinzialismus im Ruhrgebiet. Dies entschied die Unesco, die Kulturorganisation der Vereinten Nationen. „Authentizität“ und „Einzigartigkeit“ sind Kriterien, um derart geadelt zu werden.

Zollverein ist kein Palast; kein prunkvoller Sitz feudaler Dynastien; kein Symbol weltlicher oder kirchlicher Macht. Zollverein war eine Stätte der Arbeit. Die herbe Ästhetik der Zeche kann nicht täuschen: Dort haben Generationen von Bergleuten ihre Familien ernährt. Insofern gilt die Auszeichnung der Zeche einem repräsentativen Denkmal der deutschen Industriekultur. Jedoch auch dem gesamten Ruhrgebiet und seiner langen Zeit der montan-geprägten Geschichte.

Schon bei der Eröffnung 1932 wurde der von den Bauhaus-Architekten Fritz Schupp und Martin Kemmer entworfene Schacht 12 mit seinen Kubischen Maschinenhallen, der klaren geometrischen Anordnung der Übertageanlagen und dem Doppelbock-Förderturm als architektonische Meisterleistung und Wunderwerk der Rationalisierung gefeiert – ein richtungsweisender Baustil, der drei Jahrzehnte Industriearchitektur nicht nur an der Ruhr prägen sollte.

Auch die 1957 von Fritz Schupp entworfene Kokerei geizte nicht mit Superlativen. Sie wurde in den 70er Jahren zur weltgrößten Kokerei ausgebaut. Ein Koloss von 800 Metern Länge, der bis 1993 in Betrieb blieb und einmal 4.000 Menschen Arbeit gab. 400.000 Besucher sahen hier 1999 die IBA-Abschluss-Ausstellung „Sonne, Mond und Sterne“.

Industriedenkmal gleich Kulturdenkmal: Diese Formel ist nicht zuletzt eine Entdeckung des Strukturwandels im Revier. Auf die höheren Weihen der Unesco wartete Zollverein, einst IBA-Leitprojekt, freilich Jahr um Jahr. Bereits 1993 stellte der Landschaftsverband Rheinland den Antrag. Zeche und Kokerei rückten immer wieder ins zweite Glied, weil anderes Vorrang genoss.

Denn der Zollverein sollte nie nur Denkmal sein, sondern „Zukunftsstandort“. Seit der Schließung dieser letzten Zeche in Essen 1986 siedelten sich rund zwei Dutzend Institutionen und Betriebe in den denkmalgeschützten Hallen an. Zwei Stiftungen lenken die Besucher – immerhin 500.000 im Jahr – über Museumspfade, zu Konzerten, Festen, Kunst- und Tanzprojekten. Ein Publikumsmagnet ist das Design-Zentrum NRW mit seiner imposanten Ausstellungskulisse in dem von Star-Architekt Norman Foster umgebauten Kesselhaus.

Mit einer Hochglanzbroschüre wirbt die Entwicklungsgesellschaft Zollverein für das frischgebackene Weltkulturerbe. Sie soll das jetzt unter Unesco-Schutz stehende Areal, das mit zwei weiteren älteren Zechenschächten so groß

wie ein ganzer Stadtteil ist, als Dachgesellschaft vermarkten. Dabei geht es um die Verteilung von 189 Millionen DM Fördermitteln aus EU- und Landestöpfen. Ein Masterplan ist in Vorbereitung. Darin entwickelt der renommierte niederländische Architekt Rem Koolhaas den Schwerpunkt Design weiter. In Planung ist eine internationale Akademie, eine Design-Weltausstellung und ein Gewerbepark. Neue Gebäude sollen streng nach Denkmalschutzkriterien in das historische Umfeld eingepasst werden. Auch das war eine Bedingung der Unesco.

Der Traum von einem finanziell unabhängigen, sich selbst tragenden Kultur- und Wirtschaftsstandort Zollverein, ist aber noch fern. So fern wie die Autobahn: Das neue Welterbe erreicht man nur auf schlecht ausgeschilderten Schleichwegen.

Die Zeche als Weltkulturerbe wertet das Ruhrgebiet auf. Das Unesco-Siegel wird das Revier-Image stärken, wenn es die Region versteht, die Kunde klug und offensiv nach außen zu tragen. Grund zum Stolz gab es ja immer; jetzt aber ist er sogar UN-attestiert.

15. Einmalig und unvergesslich

Am 31. Januar 2002 musste ich mich leider von Essen und Nordrhein-Westfalen, von den Kolleginnen und Kollegen von der WAZ und vom WDR verabschieden. Ich ließ hinter mir eine interessante und vielfältige Stadt mit freundlichen Leuten, aber behalte schöne Erinnerungen und alles, was ich hier gelernt habe. Ich hatte die Chance, bei einer bedeutenden und erfolgreichen deutschen Tageszeitung und bei einem seriösen und professionellen Fernsehsender an der tägliche Arbeit teilzunehmen und dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, dabei zu sein. Ich hatte zu Beginn meines Stipendienaufenthaltes am 1. Oktober 2001 vieles vor. Ich wollte hier viele Themen recherchieren. Zum Glück konnte ich fast alles, was ich mir vorgenommen hatte, auch durchführen.

Dafür muss ich mich bei mehreren Leute bedanken, die mir geholfen haben: Bernd Kassner und Michael Friese, die immer für mich bei der WAZ da waren, Andreas Heinrich und Lutz Heuken, Dagmar Assauer, Steffan Wette und Michael Köster, Wulf Mämpel – Lokalchef der WAZ Essen, und Uwe Knüpfer – Chefredakteur der WAZ, der für mich ein sehr freundlicher Gastgeber war. Ebenso muss ich mich bei Johannes Glöckner, Gerd Schulte und Ralf Makrutzki (Fernsehleiter), vom WDR Essen, bedanken, sowie auch bei Frau Ursula Heuer, die mir einen sehr gemütlichen Aufenthalt in Essen ermöglicht hat.

Diese Leute und noch viele andere hätte ich aber nicht kennengelernt, wenn die Heinz-Kühn-Stiftung nicht gewesen wäre, die mir die Gelegenheit gegeben hat, diese vier Monate hier in NRW zu verbringen. Das ist die „einmalige Erfahrung“ aus dem Titel, alles was ich hier erlebt und gelernt habe. Dafür bedanke ich mich beim Kuratorium der Stiftung und bei Ministerpräsident Wolfgang Clement, aber vor allem bei Frau Ute Maria Kilian, die von A bis Z alles für mich gemacht hat, um diese Erfahrung zu ermöglichen und um meinen Aufenthalt in NRW interessant und angenehm zu gestalten.

Ich habe Essen und NRW verlassen, aber dank Frau Kilian und der Heinz-Kühn-Stiftung bleibt diese ... einmalige Erfahrung.